

Nächster Schritt zum weiteren Breitbandausbau

Förderzusagen eingetroffen: Gemeinderat trifft notwendige Beschlüsse – Heizungsanlage im Rathaus in Rattenbach soll erneuert werden

Rimbach. Gute Nachrichten zum geplanten Breitbandausbau hatte Bürgermeister Otto Fisch in der jüngsten Sitzung des Gemeinderates parat. Vor kurzem kam der Förderbescheid für den weiteren Glasfaserausbau.

„Die 50-prozentige Bundesförderung in Höhe von 16,5 Millionen Euro und die bayerische Kofinanzierung mit weiteren 40 Prozent ist zugesagt“, berichtete Fisch. Im Oktober des vergangenen Jahres hatte das Rimbacher Gremium entschieden, dem „Cluster-West“ beizutreten und einer entsprechenden Zweckvereinbarung zugestimmt. Diesem kommunalen Zusammenschluss haben sich neben der Gemeinde Rimbach auch Malgersdorf, Gangkofen, Unterdietfurt, Masing, Geratskirchen und als „Lead-Kommune“ Falkenberg angeschlossen – „um zum Zwecke einer IKZ-Vereinbarung (interkommunale Zusammenarbeit) wieder eine Breitbandförderung zu erhalten“, wie Bürgermeister Otto Fisch informierte.

Der Förderbescheid sei mittlerweile eingetroffen. Daraus gehe

hervor, dass für das gesamte „Cluster West“ von Gesamtausgaben in Höhe von 33,12 Millionen Euro ausgegangen werde. Der weitere Ausbau werde nun vom Bund mit 50 Prozent und vom Freistaat mit 40 Prozent gefördert. Den Rest müssen die sieben Gemeinden je nach Aufwand bereitstellen. „Als Auflage musste nun die Zweckvereinbarung überarbeitet werden“, wie Bürgermeister Fisch erklärte. Nun liege eine finale Version vor. Einstimmig stimmte der Gemeinderat nun der ersten Änderung der Zweckvereinbarung zum Breitbandausbau Rottal-Inn „Cluster West“ im Rahmen des Programms „Gigabit 2.0“ zu. Beantragt wurde der Anschluss für 277 Adressen in der Gemeinde Rimbach.

Nach der Genehmigung stimmte das Gremium auch für den dafür nötigen Bonitätsnachweis. Darin wird zugesichert, dass die notwendigen Eigenmittel der Kommune im Haushaltsplan berücksichtigt werden und vorhanden sind. Aus dem Finanzierungsplan geht hervor, dass für die Gemeinde Rimbach von Gesamtkosten in Höhe von 2,497 Millionen Euro ausgegangen wird. Abzüglich der

Förderungen verbleiben somit Kosten in Höhe von 249 707 Euro. „Der Bonitätsnachweis ist nötig für den weiteren Breitbandausbau“, erklärte Geschäftsleiter Franz Bauer. Wie Bauer weiter mitteilte, solle bis 2026 das Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden, dann sollten auch die Förderbescheide in ihrer tatsächlichen Höhe feststehen. Ab 2028 solle bezahlt werden, die Restzahlung solle 2030 erfolgen.

Entscheidung über Erfrischungsgeld vertagt

Wie sollen Wahlhelfer künftig entschädigt werden? Bisher wurde in den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Falkenberg, Malgersdorf und Rimbach kein sogenanntes Erfrischungsgeld gezahlt. Wie Otto Fisch mitteilte, würden diese in großzügiger Weise mit Getränken und Essen versorgt. Zudem habe es bisher keine Forderungen nach einer Entlohnung gegeben. Somit sei auch kein Handlungsbedarf gesehen worden. Kurz vor der Bundestagswahl beschloss das Gremium, dies

nach den Wahlen zu entscheiden. Grundsätzlich solle eine künftige Regelung dann für alle VG-Gemeinden gelten.

Ausgiebig beriet das Gremium über eine Bauvoranfrage zum Neubau eines Einfamilienhauses in Dietring. Schon im Oktober vergangenen Jahres habe es hier eine erste Anfrage gegeben, damals mit drei möglichen Standorten. Da diese Frage nun geklärt war und eine Variante konkret ausgearbeitet wurde, wurde nun die Anfrage behandelt. Bauamtsleiter Günter Wintersteiger präsentierte Lage und Pläne. Das Problem sei der noch fehlende Schmutzwasser-Kanalanschluss. Hier sei der Bauherr darauf angewiesen, dass ein Nachbar ihn mit der Leitung passieren oder anschließen lasse. Eine weitere Möglichkeit sei es, auf eigene Kosten die Kreisstraße zu queren, um den gegenüberliegenden Anschluss zu erreichen. Der Sachverhalt müsse jedoch schriftlich geregelt werden.

„Wenn sichergestellt ist, dass ein Anschluss vorhanden ist, kann die Zustimmung erfolgen“, erklärte Fisch. „Es ist unsere Aufgabe zu prüfen, ob die Erschließung gesichert ist“, so Wintersteiger. Eben-

so müsse die Regenwasserbeseitigung mit der Tiefbauabteilung des Landkreises nachweislich geregelt sein. Aufgrund dieser Sachlage stimmte der Gemeinderat dem Bauvorhaben nicht zu, sicherte aber zu, wenn das Leitungsrecht schriftlich bestätigt werde, die Zustimmung in Aussicht zu stellen.

Baugrundgutachten für neues Feuerwehrhaus

Noch nicht festgelegt hat sich das Gremium beim Antrag auf Befestigung einer Zufahrt zu einem Anwesen am Loherweg. Hier wollen sich die Gremiumsmitglieder noch einen genauen Überblick verschaffen und sich die Situation vor Ort anschauen.

Bekanntgegeben hat Otto Fisch noch Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden und das Feuerwehrhaus in Rattenbach betreffen. Dabei stimmte das Gremium der Erstellung eines Baugrundgutachtens zu. Für die Vergabe wurde der Bürgermeister ermächtigt, dem Bieter mit dem wirtschaftlichsten und günstigsten Angebot den Zuschlag zu er-

teilen. Diesen hat das Gemeindeoberhaupt zwischenzeitlich der Firma IHM Ingenieurgesellschaft aus Hengersberg gegeben. Ebenso wurde bekanntgegeben, dass das Gremium beschlossen habe, die Heizungsanlage im Rathaus in Rattenbach zu erneuern.

Am Ende informierte Otto Fisch, dass für den Sallacher Graben und den Löschweiher in Rimbach die Entnahme von Biberdämmen beantragt und sukzessive umgesetzt werde. Zudem solle der Löschweiher, in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde, so gesichert werden, dass eine Ansiedlung von Bibern verhindert werde.

Eine weitere gute Nachricht präsentierte Fisch auch am Ende der Sitzung. Die Straßensanierungsmaßnahme der PAN 29 in Oberellbach wurde in das Förderprogramm des Freistaates aufgenommen. „Die Verwaltung erwartet, dass die Förderung mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten von etwa 238 000 Euro abdecken werden“, zeigte sich Otto Fisch zufrieden. – chr